

Die unteren Zehntausend

VOLKER TER HASEBORG
HANNA-LOTTE MIKUTEIT

Viele Kinder wären mittags hungrig, wenn es Martina Ludwig nicht gäbe. Die Hausarbeiterin kocht das Essen in einer Hamburger Kindertagesstätte, sie putzt und wäscht ab. Hamburg wäre unsicherer ohne Klaus Fischer, der als Angestellter eines Sicherheitsunternehmens Behörden und die Universität bewacht. Hamburg würde ohne Claudia Hoffmeister nicht reibungslos funktionieren. Sie arbeitet in einem Bezirksamt.

Die Aufgaben von Martina Ludwig, Klaus Fischer und Claudia Hoffmeister sind so wichtig, dass die öffentliche Hand über sie wacht. Das Geld, das sie verdienen, kommt von der Stadt Hamburg. Gerecht ist dieser Arbeitgeber, sollte man meinen; großzügig, fürsorglich, sozial. Vater Staat eben.

Was für ein Irrglaube. Die Hausarbeiterin, der Wachmann und die Frau aus dem Bezirksamt müssen zum Sozialamt, weil ihr Gehalt nicht zum Leben reicht. Sie sind Aufstocker. Obwohl sie arbeiten, müssen sie offenlegen, wie viel sie verdienen und was sie ausgeben. Sie müssen ihre Kontoauszüge vorlegen; die Sachbearbeiter können dann zum Beispiel sehen, was die Aufstocker für Weihnachtsgeschenke ausgegeben haben.

Ihre Beispiele zeigen, dass die Stadt Hamburg als Arbeitgeber keinen Sonderstatus mehr hat: Es gelten die gleichen Regeln wie in der Privatwirtschaft. Die Stadt Hamburg, das sind das Rathaus, die Polizei, die Schulen und die Stadtreinigung. Die Stadt ist ein fürsorglicher Arbeitgeber für ihre Beamten und Angestellten, denen sie weitgehende Rechte einräumt. Es gibt Jobs auf Lebenszeit, gute Pensionen und Personalräte, die die Interessen der Staatsdiener vertreten.

Die Stadt Hamburg ist aber auch ein Konzern. Die „Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement“ ist das Herz dieses Konzerns. Diese Holding und die Stadt Hamburg sind ganz oder teilweise an rund 350 Unternehmen beteiligt. Ein Konzern mit Milliarden-Umsätzen. Ein Konzern, der sparen muss.

Städtische Betriebe haben Mitarbeiter in Tochtergesellschaften ausgelagert und zahlen niedrige Löhne. Die Stadt leih sich auch Arbeitskräfte aus. Es gibt sogar städtische Betriebe, die eigene Leih-Firmen gegründet haben.

Und wenn die Stadt Aufträge vergibt, erhält häufig der billigste Bieter den Zuschlag. In manchen Betrieben, die für Hamburg arbeiten, herrschen deshalb miserable Arbeitsbedingungen. Diese Methoden führen zu einer Spaltung der Arbeitswelt. Da sind die fest angestellten Beschäftigten. Sie werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt. Und dann sind da ihre Kollegen: Die machen die gleiche Arbeit – aber sie verdienen viel schlechter. Bis zu 30 Prozent weniger, weil sie nach dem Zeitarbeits-Tarif bezahlt werden oder nach gar keinem. Neid und Missgunst unter Kollegen bleiben da nicht aus. Und letztlich wird das Gehaltsniveau insgesamt nach unten gedrückt.

Es gibt keine offizielle Zahl, wie viele Menschen die Stadt zu diesen Bedingungen prekär beschäftigt. Ver.di schätzt die Zahl der Betroffenen auf mindestens 10 000.

Prekär heißt nicht nur, dass sie schlecht bezahlt werden. Sondern auch,

Sie arbeiten viel, sie arbeiten fleißig, doch der Lohn reicht nicht zum Leben. Sie sind arm trotz Arbeit. Man kennt das – aus der Privatwirtschaft, jedoch nicht von der Stadt Hamburg. Aber auch sie beschäftigt Tausende zu prekären Bedingungen: **Die Staatsdiener zweiter Klasse.** Ein Dossier

dass ihr Gehalt nicht für ein würdevolles Leben im Alter reicht; dass sie nicht wissen, wie lange sie ihren Job noch behalten können; dass ihre Arbeitsbedingungen schlecht sind.

Obwohl sie arbeiten, bekommen 35 500 Hamburger derzeit „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ vom Jobcenter, besser bekannt als Hartz IV. Hamburgs Aufstocker haben im vergangenen Jahr Leistungen im Umfang von insgesamt 150 Millionen Euro vom Staat bekommen.

Es waren Gesetze, die diese Entwicklung ermöglicht haben. Vor allem die Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder haben den Arbeitsmarkt liberalisiert, aber eben auch den Niedriglohn-Sektor gefördert und Leiharbeit zu einem Milliarden-Markt gemacht. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat damals wesentlich dazu beigetragen, die Agenda 2010 als SPD-Generalsekretär politisch durchzusetzen. Später hat er die Agenda-Politik als Bundesarbeitsminister in der Großen Koalition unter Angela Merkel weitergeführt. Mit von der Partie als Staatssekretär im Arbeitsministerium: Detlef Scheele (SPD), der heutige Hamburger Sozialsenator.

Jetzt scheint den Politikern klar zu werden, welche Folgen diese Politik hat. Der Senat von Olaf Scholz will noch in diesem Jahr einen Landesmindestlohn in Höhe von 8,50 Euro für die Beschäftigten der Behörden und Ämter, der öffentlichen Betriebe und der Auftragnehmer der Stadt einführen.

Viele der prekär Beschäftigten haben sich mittlerweile mit ihrer Situation abgefunden. Sie schämen sich dafür, dass sie arm sind, obwohl sie arbeiten gehen. Wenn es irgendwie geht, versuchen sie, nicht zu Aufstockern zu werden. Weil sie arbeiten und etwas für die Gesellschaft tun wollen. Weil sie dazugehören möchten. Arbeit – das bedeutet für sie Würde. Dass das System sie zu Hartz-IV-Empfängern werden lässt, empfinden sie als Verlust ihrer Würde.

Die Protagonisten dieser Geschichte stehen stellvertretend für viele Betroffene. Sie haben Angst, ihre Jobs zu verlieren, wenn sie mit Namen und Foto in der Zeitung erscheinen. Deshalb sind die Namen der Protagonisten geändert.

Die Fälle der Menschen in dieser Geschichte zeigen, dass der Niedriglohnsektor sich ausbreitet – jeder fünfte Arbeitsplatz gehört bereits zu diesem Bereich. Dass Deutschlands Wirtschaft im internationalen Vergleich so gut abschneidet, ist auch den Niedriglöhnern zu verdanken. Nur haben sie finanziell nichts davon.

Auslagerung

Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten

Martina Ludwig ist ein Outsourcing-Opfer geworden. Die 43-Jährige ist Hausarbeiterin. Sie putzt für die Stadt Hamburgs Kinderklos, wischt Fußspuren vom Boden, kocht, wäscht ab. Früher hat Martina Ludwig für die „Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten“ gearbeitet, ein städtisches Unternehmen, zu dem 178 Kitas gehören. Die Stadt und städtische Unternehmen wie die Vereinigung sind Mitglied in der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH). Die Unternehmen haben sich dazu verpflichtet, ihre Mitarbeiter nach dem Tarifvertrag für die AVH zu bezahlen, der dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes entspricht.



Illustrationen von Julian Rentsch

Eigentlich arbeitet Martina Ludwig auch immer noch für die Vereinigung: Sie verrichtet die gleichen Tätigkeiten wie früher, hat dieselben Kollegen.

Im Jahr 2005 gliederte die Vereinigung den gesamten Hauswirtschaftsbereich aus. Die Firma, bei der Martina Ludwig jetzt angestellt ist, heißt „Vereinigung Kita Service GmbH“. Die Service-Tochter der Vereinigung zahlt keinen Tariflohn des öffentlichen Dienstes, Entwicklungsstufen gibt es nicht. Die Gehälter sind laut Ver.di bis zu 30 Prozent niedriger. 740 Frauen – Hauswirtschaftsleiterinnen und Hausarbeiterinnen – sind betroffen. Nach Informationen des Hamburger Abendblatts werden 195 Hauswirtschaftskräfte noch nach den alten Tarifbedingungen bezahlt.

Martina Ludwig hat beim Übergang in die neue Gesellschaft einen neuen Arbeitsvertrag unterschrieben. „Die haben uns unter Druck gesetzt“, sagt sie. Entweder sie unterschreibt – oder sie könne gehen. Per Unterschrift akzeptierte Ludwig, dass sie schlechter bezahlt wird. Sie arbeitet 30 Stunden in der Woche, ihr Stundenlohn beträgt 9,37 Euro. „Ich würde gerne mehr arbeiten, aber es gibt keine Möglichkeit“, sagt sie. 1200 Euro brutto verdient Martina Ludwig im Schnitt – je nach Arbeitstage. Das sind etwa 900 Euro netto. So-

lange sie mit ihrem Lebensgefährten zusammen in der Dreieinhalbzimmerwohnung in Lurup lebte, kamen sie gemeinsam über die Runden. Doch die Beziehung ist im Februar in die Brüche gegangen. Martina Ludwig spart – kauft sich nichts zum Anziehen, geht nicht zum Zahnarzt und knapst auch am Essen. Und dennoch reicht es für sie nicht zum Leben: 300 Euro Aufstockung bekommt sie im Monat. Das ist fast genau der Betrag, den sie vor dem Outsourcing mehr an Gehalt hatte. Für den Staat ist das ein Nullsummenspiel – es ist egal, ob Ludwig nun mehr Gehalt oder die Aufstockung bekommt. Für Martina Ludwig ist das kein Nullsummenspiel: Jeden Gang zum Jobcenter empfindet sie als Demütigung. Das Jobcenter hat sie aufgefordert, schnellstmöglich in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Bislang hat sie keine gefunden.

Auch Celina Ponk arbeitet als Hausarbeiterin für die „Vereinigung Kita Service GmbH“. Die 45-Jährige kommt auf 830 Euro netto, das Jobcenter muss sie monatlich mit 600 Euro unterstützen, weil ihre 13-jährige Tochter bei ihr lebt. Ihr Konto ist regelmäßig überzogen. 750 Euro für Miete und Nebenkosten muss Ponk für ihre Dreieinzimmerwohnung in Allermöhe bezahlen. „Wenn meine ältere Tochter da ist und sieht, dass ich nichts mehr habe, lädt sie mich schon mal zum Essen ein. Geld darf ich nicht annehmen“, sagt sie. Ihre ältere Tochter ist 23 Jahre alt.

Im März hat Ver.di die Vereinigung aufgefordert, die Hauswirtschaftskräfte nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes zu bezahlen. Im August streikten die Betroffenen, am vergangenen Freitag gab es eine weitere Verhandlungsrunde, die kein Ergebnis erbrachte.

Die Geschäftsführerin der Vereinigung, Katja Nienaber, teilt dem Abendblatt mit, dass die Vereinigung jährlich 3,2 Millionen Euro zusätzlich für die Hauswirtschaftskräfte zahlen müsste, wenn sie den öffentlichen Tarif übernehme.

Nienaber sieht die Hausarbeiterinnen jedoch nicht als Angehörige des öffentlichen Dienstes – sondern in einer Gehaltsklasse mit Putzfrauen und Gastronomie-Personal. Im Vergleich zu diesen Branchen bekämen die Hausarbeiterinnen sogar zehn Prozent mehr, argumentiert Nienaber. Die Geschäftsführerin verweist darauf, dass die Vereinigung die Essensversorgung und Reinigung nicht an kostengünstige Firmen fremdvergeben habe. Und auf die hohen Kosten im Kita-Bereich. „Weitere Lohnsteigerungen in der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten Service Gesellschaft hätten somit zur Folge, dass im pädagogischen Bereich Einsparungen vorgenommen werden müssten. Dies ist jedoch nicht gewünscht“, sagt Nienaber.

Auch Sozialsenator Detlef Scheele (SPD), der Aufsichtsratschef der Vereinigung ist, scheint an den Zuständen nichts ändern zu wollen. Er schließt sich der Argumentation der Geschäftsführung an; die „Vereinigung Kita Service GmbH“ gehört nicht zum öffentlichen Dienst: „Die Tochtergesellschaft der Vereinigung bietet Arbeitsplätze im hauswirtschaftlichen Bereich, deren Vergütung sich an den Tarifen des Gebäudehandwerks und der Gastronomie orientiert. Es werden circa zehn Prozent über den entsprechend vergleichbaren Tariflöhnen gezahlt“, sagt er. Auf die unterschiedliche Vergütung gleicher Arbeit geht er nicht ein.

Hausarbeiterin

Die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten hat den hauswirtschaftlichen Bereich ausgegliedert. Hausarbeiterin Martina Ludwig verdient monatlich 900 Euro netto bei der „Vereinigung Kita Service GmbH“. Ihr Geld reicht nicht zum Leben, deshalb bekommt sie zusätzlich **300 Euro im Monat vom Staat**. Sie hat aber auch Kolleginnen, die noch nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Die verdienen bis zu 30 Prozent mehr als sie.

Stadtreinigung Hamburg

Nach außen hin fällt den Hamburgern kaum auf, dass bei der Stadtreinigung die Zwei-Klassen-Gesellschaft an der Farbe der Arbeitskleidung zu erkennen ist. Ist die Arbeitshose orange, arbeitet der Reiniger bei der Stadtreinigung und wird nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt. Ist die Arbeitshose gelb, hat man es mit einem Billiglöhner zu tun; er arbeitet bei der Wert GmbH, einer hundertprozentigen Tochter der Stadtreinigung.

Die Arbeitsteilung zwischen Mutter und Tochter sieht eigentlich so aus: Die Stadtreinigung kümmert sich um die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung – zum Beispiel die graue Restmülltonne und die grüne Biomülltonne. Die Wert GmbH ist auf dem freien Markt aktiv, sammelt Wertstoffe wie Metall, Kunststoff und Verpackungen aus den gelben Tonnen und Abfallsäcken zum Recyceln ein.

Das Geschäft mit Wertstoffen ist hart, die Wert GmbH muss sich um Aufträge bewerben und konkurriert mit Billig-Firmen. Das schlägt sich auch in den Gehältern der 163 Beschäftigten nieder.

Ein „Auflader“ der Wert GmbH bekommt laut Haustarifvertrag ein Einstiegsgehalt von 1608,55 Euro brutto. Im Laufe der Berufsjahre gibt es mehr Geld – bei 1893,51 Euro ist das Ende der Entwicklungsmöglichkeiten erreicht. Bei der Stadtreinigung verdient ein Auflader beim Einstieg 1854,15 Euro brutto – und kann es im Laufe seines Berufslebens bis auf 2391,77 Euro bringen, fast 500 Euro mehr als sein Kollege in Gelb.

Ein Berufskraftfahrer der Wert GmbH bekommt 2035,53 Euro brutto, lebenslang. Kraftfahrer der Stadtreini-

gung steigen zwar etwas niedriger ein, bekommen jedoch schon nach einem Berufsjahr mit 2160,57 Euro mehr als die Kollegen von der Wert GmbH. Nach 20 Berufsjahren – und das trifft auf viele Beschäftigte in der Branche zu – bekommt ein Kraftfahrer bei der Stadtreinigung 2508,51 Euro. Der Kollege von der Wert GmbH kriegt dann immer noch sein Einstiegsgehalt – und damit fast 500 Euro weniger. Für die gleiche Arbeit.

Viele Beschäftigte der Wert GmbH haben einen Zweitjob, gehen abends putzen oder Möbel packen.

Der brutale Wettbewerb auf dem Müll-Markt hat dazu beigetragen, dass die Beschäftigten Lohnkürzungen hinnehmen. Dass Leiharbeiter geholt wurden, um zusätzlich Geld zu sparen, wurde ebenfalls hingeworfen. Bis zu 50 Leiharbeiter werden in der Wert GmbH eingesetzt, sie bekommen den Mindestlohn für Beschäftigte in der Entsorgungsbranche in Höhe von 8,33 Euro. Zum Vergleich: Ein Auflader der Wert GmbH bekommt im Schnitt einen Stundenlohn von rund 9,70 Euro. Leiharbeit war eigentlich mal gedacht als Brücke in die Beschäftigung: Arbeitslose sollten so zu Angestellten werden. Das Beispiel Wert GmbH zeigt, dass die Wiedereingliederung gescheitert ist. Mitarbeiter berichten, dass Zeitarbeiter teilweise schon bis zu zehn Jahre im Unternehmen sind – zum Billig-Tarif, jederzeit in Gefahr, gekündigt zu werden.

Auch die Festangestellten der Wert GmbH sind zu Leiharbeitern geworden: für den Mutterkonzern. In ihren Arbeitsverträgen müssen sie zustimmen, innerhalb der Stadtreinigung ausgetauscht zu werden. Und deshalb kümmern sich die Männer in gelber Arbeitskleidung jetzt im öffentlich-rechtlichen Auftrag um die blaue Tonne, den Papiermüll. Weil sie billiger sind als ihre Kollegen in Orange.

Der Pressesprecher der Stadtreinigung erklärt: „Wir sehen keine Ungleichbehandlung, da die jeweils gültigen Tarifverträge angewendet werden und der Tarifpartner in beiden Fällen die Gewerkschaft Ver.di ist.“

Ist es wirklich so ein großer Unterschied, ob ein Auflader eine graue, grüne, gelbe oder blaue Tonne entleert? Der Sprecher verweist darauf, dass sich die Anforderungen an die Mitarbeiter unterscheiden, er nennt zur Begründung etwa „Kenntnisse“ oder „Schulungen“. „Ein Vergleich der Tarifverträge ausschließlich im Bereich der Entlohnung ist zu einfach.“

Im Aufsichtsrat der Stadtreinigung sitzen Staatsrat Holger Lange (SPD) von der Stadtentwicklungsbehörde und ein Beteiligungsreferent. Zu der Zweiklassen-Gesellschaft im Unternehmen wollen sie sich nicht äußern. Dafür lassen sie zum Thema Leiharbeit über ihre Pressestelle ausrichten: „Die Stadtreinigung wird künftig sicherstellen, dass bei der Wert GmbH eingesetzte Leiharbeiter zu den Bedingungen des Haustarifvertrags der Wert GmbH beschäftigt werden.“

Der Werbe-Slogan der Stadtreinigung lautet übrigens: „Wir sind für jeden Dreck zu haben.“

Krankenhäuser

Die Asklepios-Kliniken Hamburg sind aus dem ehemaligen Landesbetrieb Krankenhäuser hervorgegangen. Zehn Kliniken im Großraum Hamburg gehören zum Konzern, sie beschäftigen 13 000 Mitarbeiter. Die Stadt Hamburg ist zu 25,1 Prozent an der „Asklepios Kliniken Hamburg GmbH“ beteiligt.

2008 verlagerte Asklepios den nicht medizinischen Bereich der Kliniken in die „Asklepios Services Hamburg GmbH“. Der Vorteil: Es können neue Arbeitsverträge gemacht werden – und zwar nach den Vorstellungen des Arbeitgebers zu niedrigeren Löhnen. Da ist zum Beispiel der Logistikbereich. Für die Mitarbeiter, die den Müll rausbringen, Wäsche verteilen, Medikamente fahren, gibt es laut Betriebsrat keinen Tariflohn und keine Zuschläge. Sie bekommen pauschal 1600 Euro brutto für eine 40-Stunden-Woche. Bislang kämpft der Betriebsrat vergeblich um einen Haustarif.

Asklepios leiht auch intern Personal aus, über die „Asklepios Personalservice GmbH“. In der Gesellschaft arbeiten Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, medizinische Fachangestellte und Stationsassistenten. Asklepios macht Bewerbern die befristeten Verträge dadurch schmackhaft, dass sie nach Ablauf der Frist im Mutterkonzern übernommen werden könnten. Dort werden die Beschäftigten nach dem Krankenhaus-Tarif bezahlt. Im Tochter-Unternehmen jedoch nicht: Die Personal-Gesellschaft entlohnt ihre Beschäftigten „in Anlehnung an den Tarifvertrag der Zeitarbeitsbranche“, teilte der Senat auf eine Kleine Anfrage der Linken im Juni mit. Darüber hinaus gebe es „über tarifliche Zulagen“.

„Im ersten Moment war mir das egal, ich wollte unbedingt einen Job“, sagt Physiotherapeutin Miriam Benke. Die 26-Jährige bekommt im Monat 1441 Euro. Ihre Zulagen habe sie selbst aus handeln müssen, zuletzt habe sie so 359 Euro zusätzlich erhalten.

Würde Miriam Benke nicht bei der Personal-Gesellschaft, sondern direkt in den Asklepios-Kliniken angestellt sein, sähe ihre Gehaltsabrechnung anders aus. Nach dem Krankenhaus-Tarif verdient eine Physiotherapeutin im ersten Berufsjahr monatlich 2036 Euro. Ein Unterschied von mehr als 200 Euro. In Kürze läuft Benkes Vertrag aus – ob er verlängert wird, weiß sie nicht.

Die gleiche Methode wendet Asklepios auch bei seiner Tochter „Asklepios medi top Pflegedienst & Service GmbH“ an, in der Pflegepersonal nach Angaben des Senats nach Zeitarbeits-Tarif beschäftigt wird. Die Hamburger Häuser lagern darüber hinaus therapeutische Leistungen an die „Asklepios Klinik Am Kurpark Bad Schwartau“ aus. Diese ist ebenfalls eine Tochter der Asklepios-Kliniken Hamburg, als Reha-Klinik unterliegt sie aber nicht dem Tarifrecht von Krankenhäusern. Die Mitarbeiter sind in Bad Schwartau angestellt, arbeiten aber in Hamburg. Bezahlt werden sie „nach freien, individuellen Vereinbarungen“, wie es ein Asklepios-Sprecher formuliert. Für Physiotherapeuten

bedeutet das: Statt 2036 Euro Einstiegsgehalt laut geltendem Krankenhaus-Tarif mit automatischen Gehaltssteigerungen nach Berufsjahren bekommen sie nach Angaben des Betriebsrats nur 1800 Euro, ohne Entwicklungsstufen. Zurzeit sucht die Schwartauer Reha-Klinik fünf Physiotherapeuten mit Einsatzort Rissen, einen Physiotherapeuten mit Einsatzort St. Georg und einen Physiotherapeuten und einen Logopäden mit Einsatzort Harburg.

Das Abendblatt hat Asklepios detaillierte Fragen zu den Tochterfirmen und der Bezahlung der Mitarbeiter geschickt. Der „Konzernbereichsleiter Unternehmenskommunikation“ erteilt generelle Informationen: Es gebe eine Betriebsvereinbarung über die Begrenzung von Ausgliederung und Leiharbeit, einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Er verweist auf geltende Tarifverträge. Und teilt mit, dass insgesamt 1650 Mitarbeiter in vier Servicegesellschaften arbeiten. „Weniger als die Hälfte der Beschäftigtenverhältnisse in den Servicegesellschaften (650) sind befristet. Weniger als die Hälfte (720 Mitarbeiter) arbeiten in Teilzeit“, heißt es in der schriftlichen Antwort. Und: Diese Art der Beschäftigung gebe es auch in anderen Branchen.

Im Aufsichtsrat von Asklepios sitzen die Gesundheitsstaatsrätin Elke Badde (SPD) und ein Beamter aus der Finanzbehörde. Der Aufsichtsrat kontrolliert das operative Geschäft in dem Klinikkonzern. Das Abendblatt wollte wissen, wie die städtischen Aufsichtsräte dazu stehen, dass Beschäftigte in den Tochter-Firmen nicht nach Tarif bezahlt werden und dass Mitarbeiter aus der tariflosen Bad Schwartauer Kurklinik in Hamburg arbeiten. Konfrontiert mit den Recherche-Ergebnissen des Abendblatts, teilt der Sprecher der Finanzbehörde stellvertretend für die beiden Aufsichtsräte mit: „Nach unseren Kenntnissen treffen keine der von Ihnen pauschal formulierten und nicht belegten Vorwürfe zu. Insofern besteht auch kein Handlungsbedarf seitens der FHH-Vertreter im Aufsichtsrat.“ FHH, das ist die Freie und Hansestadt Hamburg.

Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich steht unter großem Kostendruck. Beim Universitätsklinikum Eppendorf, das Hamburg zu 100 Prozent gehört, begann Anfang des Jahres eine Ausgründungswelle. Mittlerweile sind 17 Tochterunternehmen mit insgesamt 2286 Mitarbeitern entstanden, darunter auch fünf Servicegesellschaften im nicht medizinischen Bereich mit Beteiligungen privater Firmen. Auf Nachfrage des Abendblatts bestätigte eine UKE-Sprecherin, dass nur zwei Töchter den Krankenhaus-Tarif zahlen. Acht weitere entlohnen nach anderen Tarifen: Die „Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH“ etwa bezahlt den Gastronomie-Tarif. Es gebe eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, kritisiert Andreas Horn, der Chef des UKE-Personalrats für den nicht wissenschaftlichen Bereich. Mitarbeiter, die noch einen Vertrag haben, der vor der Ausgliederung abgeschlossen wurde, verdienen

deutlich mehr als Mitarbeiter, die nach der Ausgründung eingestellt wurden.

Auch in der „Klinik Service Eppendorf GmbH“ gibt es zwei Kategorien von Mitarbeitern. In der Service-Tochter, die für die Reinigung zuständig ist, arbeiten 223 Mitarbeiter mit neuen Verträgen. Für sie gilt der Gebäudereiniger-Tarif mit einem Mindeststundenlohn von 8,82 Euro. Es sind in dem Unternehmen aber auch 105 ehemalige UKE-Angestellte beschäftigt, die nach dem höheren Krankenhaus-Tarif bezahlt werden. Nach Abendblatt-Informationen verdienen sie monatlich bis zu 600 Euro brutto mehr als ihre Kollegen. Für alle anderen UKE-Töchter erklärt die Sprecherin: „Auch in den nicht tarifgebundenen Töchtern liegen die Bezüge analog zu tariflichen Bezügen oder auch über dem Tarif.“ Eine eigene Leiharbeits-Tochter gebe es nicht.

Im Kuratorium des UKE sitzt als Vertreterin der Stadt Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD). Auf die Frage des Abendblatts, was sie gegen die ungleiche Bezahlung tut, antwortet ihr Sprecher: „Das UKE hat uns gegenüber bestätigt, dass auch diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für Tochterunternehmen arbeiten, die nicht tarifgebunden sind, entsprechend der tariflichen Bezahlung und darüber hinausgehend entlohnt werden.“

Leiharbeit

Leiharbeit ist der Extrembereich der prekären Beschäftigung. Als Brücke in den Arbeitsmarkt war sie gedacht. Und als Notinstrument für Firmen; sie sollten bei Engpässen schnell auf Personal zugreifen können – und die Beschäftigten, wenn nötig, wieder loswerden können. Doch anders als geplant wurde Leiharbeit zu einem Massenphänomen. Und zu einem Milliardenmarkt für Leiharbeitsfirmen, die sich selbst lieber „Zeitarbeitsfirmen“ nennen und „Personal-Dienstleistungen“ anbieten.

Rund 870 000 Leiharbeiter gibt es in Deutschland – ihre Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht, in den letzten 20 Jahren versiebenfacht. In Hamburg gibt es etwa 33 000 Leiharbeiter. Welche Vorteile Zeitarbeit für Unternehmen bietet, zeigen folgende Zahlen: Vollzeitbeschäftigte bekommen nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im Mittel ein monatliches Bruttogehalt von 2700 Euro. Zeitarbeiter liegen bei rund 1400 Euro. Im Verleihsektor wird jedes dritte Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber gekündigt – in der Gesamtwirtschaft nur jedes siebte. Die Hälfte der Zeitarbeits-Jobs besteht nur für drei Monate.

Leiharbeiter bekommen in der Regel nicht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit, die ihre Kollegen in den Betrieben verrichten. Und das völlig legal: Gleiche Arbeit – gleicher Lohn, dieses Prinzip wurde durch den Abschluss von Tarifverträgen für die Zeitarbeitsbranche umgangen.

Die Hamburger Verwaltung – also die Behörden und Ämter – ist seit diesem Jahr verpflichtet, den Umfang der Zeitarbeit offenzulegen. Die neue Transparenz fällt noch schwer: Im Personalbericht steht, dass in der Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 29. Februar 2012 fast 30 000 Tageseinsätze von Leiharbeitern stattfanden. Fünf Millionen Euro gab die Stadt dafür aus. Wie viele Leiharbeiter für die Stadt gearbeitet haben und was diese genau für welchen Stundenlohn geleistet haben, ist nicht aufgeführt. Durch eine Große Anfrage der CDU kam immerhin vor Kurzem heraus, dass im ersten Halbjahr 2012 rund 860 Leiharbeiter für die Stadt gearbeitet haben.

Das Abendblatt hat nachgefragt. Aus den Antworten der Behörden geht hervor, dass vor allem Fahrer ausgeliehen werden. Darüber hinaus Hilfskräfte im Büro, in der Poststelle sowie Umzugs helfer, Hausmeister und Elektriker. Was diese Leiharbeiter verdienen haben, vermag fast keine der befragten Behörden mehr zu sagen.

Lediglich die Innenbehörde geht näher auf die neun Leiharbeiter ein, die im vergangenen Jahr im Callcenter Fragen zur Bürgerschaftswahl beantwortet haben. Die Sprecherin teilt mit, dass die Stadt 22,70 Euro pro Stunde an die Zeitarbeitsfirma überwiesen hat. Und was hat die Zeitarbeitsfirma ihren Mitarbeitern pro Stunde gezahlt? Auf Abendblatt-Anfrage verweist der Geschäftsführer darauf, dass er aus Datenschutzgründen nicht die Gehälter seiner Mitarbeiter offenlegen wolle. Er verweist auf den Tarifvertrag der Zeitarbeitsbranche. Demnach verdienten ungelernete Kräfte im Jahr der Bürgerschaftswahl 7,60 Euro pro Stunde, eingearbeitete Kräfte 8,22 Euro. Sein Unternehmen, so der Geschäftsführer,

zahlte generell „ein bisschen mehr“. Der Auftrag dürfte sich trotzdem gelohnt haben.

Dass Leiharbeit ein tolles Geschäftsmodell ist, haben auch die Manager der städtischen Betriebe verstanden. Und so gründeten sie eigene Leiharbeitsfirmen.

Da ist zum Beispiel die „BCH Büro-Consult Hamburg Gesellschaft für Personaldienstleistungen mbH“. Sie ist eine hundertprozentige Tochter des städtischen Wohnungskonzerns Saga, gegründet wurde sie im Jahre 2007. Im Juni hatte sie 102 Mitarbeiter. Und keinen Betriebsrat. Zweck der Leiharbeitsfirma sei es, „personelle Kapazitätsengpässe auszugleichen und Flexibilisierungsreserven vorzuhalten“, teilte der Senat im Juni im besten Manager-Deutsch auf eine Kleine Anfrage der Linken mit. Vor allem Bürokräfte sollen für die BCH tätig sein, bezahlt nach dem Zeitarbeits-Tarif. Was verdienen die Leiharbeiter wirklich? Auf Anfrage teilt die Saga mit: „Haben Sie bitte Verständnis, dass wir zurzeit keine Aussagen bezüglich der BCH BüroConsult Hamburg Gesellschaft für Personaldienstleistungen mbH machen können.“

Das Abendblatt wollte mit dem Betriebsratschef der Saga über die Zustände in der Tochtergesellschaft sprechen. Ein Treffen wurde vereinbart. Doch dann kam der Betriebsratschef nicht. Auf Nachfrage teilt er mit, dass der Betriebsrat entschieden habe, nichts zu dem Thema zu sagen.

Beim Thema Leiharbeit haben Betriebsräte Empörung-Probleme: Einerseits nehmen sie die Situation der Leiharbeiter wahr. Andererseits werden Leiharbeiter bei wirtschaftlichen Problemen als Erste gefeuert – und si-

chern so indirekt die Jobs der Stammbeliegschaft. Und die Stammbeliegschaft wählt schließlich die Betriebsräte.

Nächstes Beispiel: die „HAB Service GmbH“, gegründet 2006, eine Tochter der „Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft“ (HAB), die Arbeitslose ins Berufsleben führen soll. Von 1995 bis 2008 war der heutige Sozialsenator Scheele Geschäftsführer der HAB.

Die Service-Tochter hat 122 Mitarbeiter. In der Betreuung von Arbeitslosen benötigt der Mutterkonzern Sozialarbeiter. Und diese kommen auch aus der Service-Tochter, bezahlt nach dem Leiharbeiter-Tarif. Darüber hinaus beschäftigt die Leiharbeitsfirma Gebäudereiniger und Küchenpersonal – unter ihnen sind viele, die lange arbeitslos waren und wieder in den Arbeitsmarkt kommen sollen.

Bezahlt wird nach dem Zeitarbeits-Tarif oder nach dem Mindestlohn für Gebäudereiniger, nicht nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes.

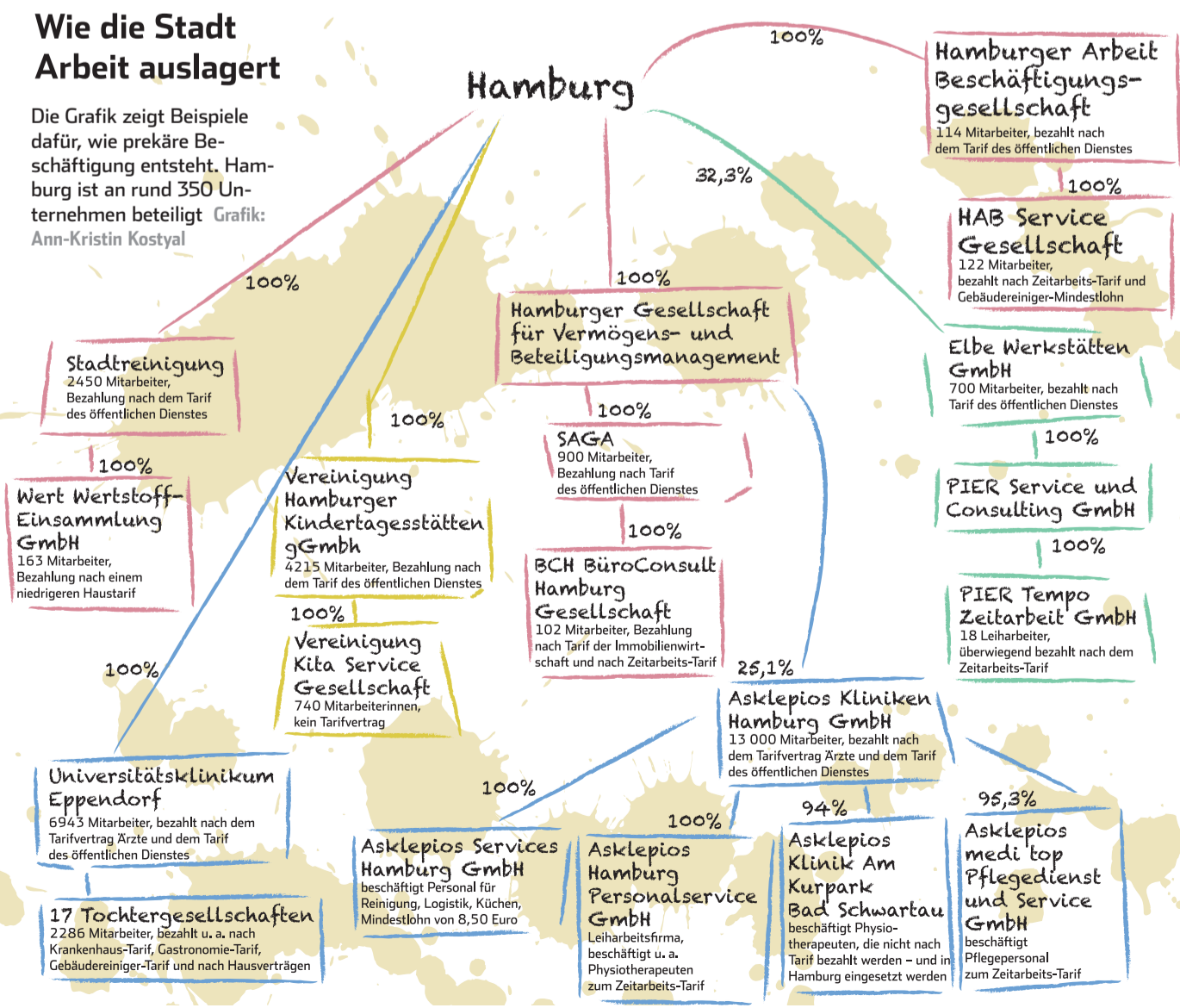
Die Pressesprecherin der Hamburger Arbeit verweist darauf, dass die Service-Gesellschaft tariflich entlohnte Jobs „für arbeitsmarktfremde Zielgruppen“ zum Ziel habe. „Diese Aufgabe wird die HAB Service Gesellschaft mbH auch zukünftig erfüllen.“

Drittes Beispiel: die „PIER Tempo Zeitarbeit GmbH“, gegründet 2007. Sie ist eine Tochter der „PIER Service & Consulting GmbH“, die wiederum eine Tochter der Elbe-Werkstätten ist, an denen die Stadt Hamburg 32,3 Prozent der Anteile hält. 18 Leiharbeiter hat die Pier Tempo, sie helfen in den Elbe-Werkstätten aus, wenn kurzfristig Arbeitskräfte gebraucht werden. „Diese Rolle wird die PIER Tempo auch weiterhin erfüllen“, teilt die Pressesprecherin der



Wie die Stadt Arbeit auslagert

Die Grafik zeigt Beispiele dafür, wie prekäre Beschäftigung entsteht. Hamburg ist an rund 350 Unternehmen beteiligt Grafik: Ann-Kristin Kostyal





Wachmann

Klaus Fischer arbeitet beim Sicherheitsunternehmen WeKo, das im Auftrag der Stadt die Universität und Behörden bewacht. Er verdient **7,31 Euro in der Stunde** – zu wenig zum Leben. Das Jobcenter schießt im Schnitt 100 Euro im Monat zu. Fischer klagt über die **schlechten Arbeitsbedingungen** in seiner Firma.

WeKo Sicherheitsdienste

Die Firma WeKo Sicherheitsdienste hat in den vergangenen Jahren Millionen-Aufträge von der Stadt erhalten. 2011 gingen Ausschreibungen im Wert von 2,6 Millionen Euro an die Firma aus Silldorf. Die Mitarbeiter wachen etwa über die Sicherheit der Justizbehörde und der Universität.

Der Markt ist umkämpft. In Hamburg arbeiten laut dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft 8400 Menschen im Sicherheitsgewerbe. Im Hamburger Speckgürtel konkurrieren rund 200 Sicherheitsfirmen. Im Wettbewerb entscheidet der Preis, die Differenz beträgt bis zu 20 Prozent. Wer mit dem Preis runtergeht, muss beim Profit Abstriche machen – oder beim Personal sparen.

Klaus Fischer ist ein zurückhaltender Mann – höflich, diskret, so soll es sein in der Sicherheitsbranche. Die Studenten der Uni sehen Fischer, wenn er in seiner Uniform – graue Hose, hellblaues Hemd, dunkle WeKo-Krawatte – in der Pfortnerloge sitzt, Auskünfte erteilt, Kontrollrundgänge macht, kaputte Türen oder Fenster repariert oder eine verstopfte Toilette in Gang bringt. Klaus Fischer ist gerne unter Menschen, ist interessiert an den Studenten um ihn herum. Was man nicht sieht: Fischer ist krank, körperlich und seelisch, er hat einen Schwerbehindertenausweis.

Der Staat zahlt an WeKo einen Eingliederungszuschuss, monatlich 70 Prozent des Gehalts. Innerhalb von sechs Jahren können sich Unternehmen den Zuschuss maximal 24 Monate lang abholen. Klaus Fischer ist lukrativ für WeKo. WeKo ist jedoch nicht lukrativ für Klaus Fischer. Auf seiner Abrechnung steht, was er pro Stunde bekommt: 7,31 Euro. Das ist der Mindestlohn für Sicherheitsdienstleistungen.

Wegen seiner schweren Krankheit kann Fischer im Moment nicht mehr als 130 Stunden im Monat arbeiten. Dafür bekommt er 950,30 Euro brutto, das sind netto 747 Euro. Gut für ihn ist es, wenn er mal sonntags eingesetzt wird: Dann gibt es den doppelten Stundenlohn. Trotzdem kommt er nicht über die Runden: 406 Euro kostet seine Zweizimmerwohnung, 100 Euro gibt er für Wasser, Strom und Telefon aus, 58 Euro für die HVV-Karte für Schwerbehinderte. Klaus Fischer ist Aufstocker. Im Schnitt schießt das Jobcenter 100 Euro zu. Die wöchentliche Fernsehzeitschrift, eine Tüte Katjes oder eine Kugel Eis – das ist für ihn Luxus, sagt er.

Der Staat finanziert Jobs wie die von Fischer also von zwei Seiten: mit der Eingliederungshilfe und den aufstokkenden Leistungen. Den Profit mit ihm macht WeKo.

Fischer könnte zu Hause bleiben, mit Hartz IV hätte er genauso viel Geld wie jetzt, mit Job. Aber er will arbeiten. „Ich möchte etwas für die Gesellschaft tun, ich möchte dazugehören“, sagt er. Und außerdem tut es ihm nicht gut, alleine zu Hause zu sein, alleine mit seiner Krankheit.

Fischer sagt, dass er ständig neue Einsatzgebiete bekommt. Mal eine Pfortnerloge, mal ein Bezirksamt, mal ein Jobcenter. Die Einarbeitungszeit sei viel zu kurz. Und die Aufgaben seien umfangreich. Fischer hat Verantwortung für riesige Gebäude und Tausende Menschen. „Wenn etwas passiert, dann muss ich funktionieren“, sagt er. Er musste funktionieren, als es einmal brannte in einem der Gebäude oder als ein Mann ohnmächtig wurde. Er muss die Gebäude, in denen er arbeitet, aus-

wendig kennen – alle Schließzeiten, alle Fluchtwege. Dienstpläne sollten bei WeKo eigentlich am Ende des Monats vorliegen – manchmal seien sie in der ersten Woche des Folgemonats noch nicht da. Fischer sagt, dass er immer erreichbar sein muss, auch nachts. „Es kommt vor, dass ich um 4.15 Uhr angerufen werde, damit ich um 6 Uhr irgendwo meinen Dienst antreten kann.“ Egal, ob er am Vorabend Spätdienst hatte oder nicht. „Als ich einmal nachts nicht ans Telefon ging, habe ich Ärger von meinem Einsatzleiter bekommen.“ Fischer sagt, dass er Schlafprobleme habe, Schweißausbrüche bekomme. Um einschlafen zu können, schlucke er manchmal Beruhigungsmittel.

Fischer ist kein Querulant. Kollegen bestätigen die Vorwürfe. Marcel Reimann etwa, der eine Vollzeitstelle bei WeKo hat, befristet für ein Jahr. Er sagt, er müsse häufig Zwölf-Stunden-Schichten machen, die vorgeschriebenen Ruhezeiten würden nicht eingehalten. Auch Reimann berichtet von oft wechselnden Einsatzorten – bis zu sechs Objekte müsse er im Monat betreuen. Immer wieder mit neuen, fremden Kollegen. WeKo-Mitarbeiter sollen offenbar wenig Kontakte untereinander knüpfen. Vielleicht auch ein Grund dafür, dass es keinen Betriebsrat gibt.

„Die in der Teppich-Etage springen unmöglich mit uns um, als ob wir Eigentum seien“, sagt Reimann. Wer kritisch ist, der werde bestraft: Wer über die Runden kommen will, benötige ausreichend Arbeitsstunden im Dienstplan. Doch diese Stunden werden Fischer und Reimann zufolge nach Gutdünken verteilt: „Wer missliebig ist, bekommt keine Stunden“, sagt Reimann.

Der Geschäftsführer von WeKo, Kay Kohlermann, bestreitet die Vorwürfe. Er suche weder gezielt nach Arbeitskräften, deren Jobs vom Staat subventioniert werden, noch habe er die Gründung eines Betriebsrats verhindert. Dass Mitarbeiter nachts um vier angerufen und kurzfristig zu Einsätzen abgeordnet werden, könne er ebenso wenig bestätigen wie den Vorwurf, dass Mitarbeiter bei der Verteilung der Schichten auf das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten angewiesen seien. „Die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes werden eingehalten“, teilt Kohlermann mit. Sein Unternehmen investiere in die Aus- und Weiterbildung.

Kohlermann will nicht darüber Auskunft geben, wie viele Mitarbeiter er beschäftigt, wie viele Stunden diese arbeiten und wie viel sie verdienen. Er verweist auf den „Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne für Sicherheitsdienstleistungen“. Er schreibt: „Auf die Höhe der Tariflöhne haben wir keinen unmittelbaren Einfluss.“

Die Stadt schätzt WeKo – offenbar so sehr, dass sie die Firma sogar ihren eigenen Mitarbeitern empfiehlt. Laut Ver.di werden Schulhausmeister, die

nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt werden, aufgefordert, sich bei WeKo zu bewerben. Dort sollen sie den gleichen Job machen wie bisher. In einem konkreten Fall ging ein Hausmeister, der etwa 12 Euro pro Stunde verdiente, zum Bewerbungsgespräch. In seinem Vertrag stand der Stundenlohn, den er künftig verdienen würde: 8,19 Euro. Der Mann blieb dann doch lieber bei seinem alten Arbeitgeber.

Der Sprecher der Finanzbehörde äußert sich nur allgemein: „Die Firma WeKo ist mit Bewachungsdienstleistungen, der vorübergehenden Vertretung von Betriebspersonal an Schulen sowie der Bereitstellung einer Störungs-/Notrufhotline beauftragt.“ Wie viele Mitarbeiter im Einsatz sind, will er nicht mitteilen.

Wilko Wagner

Das Abendblatt hat bei Unternehmen, die im vergangenen Jahr Aufträge von der Stadt erhielten, nachgefragt: Wie halten Sie's mit dem Mindestlohn? Vor allem Unternehmen aus der Baubranche antworteten schnell; sie versicherten, dass sie Stundenlöhne über zehn Euro zahlen, und betonten, wie wichtig faire Löhne doch für die gesamte Branche seien. In der Tat: Die Branche war 1997 die erste, in der ein Mindestlohn eingeführt wurde. Wie es in der Praxis

auch laufen kann, zeigt ein Fall des Abrissunternehmens Wilko Wagner aus dem vergangenen Jahr. Die Firma sollte im Auftrag der städtischen Sprinkenhof AG die Gebäude der Jenfelder Lettow-Vorbeck-Kaserne abreißen – auf dem Areal werden Wohnungen entstehen. Am Abriss beteiligt waren auch drei Wilhelmsburger. Die Einwanderer aus Bulgarien hatten als Selbstständige bei einem Subunternehmen von Wilko Wagner angeheuert – nach eigenen Angaben zu einem Stundenlohn von sieben Euro. Obwohl für die Branche ein Mindestlohn von 10,43 Euro gilt und die Sprinkenhof AG ihre Auftragnehmer zur Zahlung dieses Mindestlohns verpflichtet. Der Fall kam heraus, als die Bulgaren darüber hinaus auch noch um ihren Lohn geprellt worden waren und der NDR darüber berichtete. Wilko Wagner verwies auf den Subunternehmer. Die Stadt auf Wilko Wagner. Das ist der Unterschied zwischen Theorie eines Mindestlohns und der Praxis.

Teilzeit und Befristung

Es ist also so weit gekommen, dass die Stadt Arbeit in Unsicherheitszonen auslagert – im Extremfall endet das im kriminellen Bereich. Diese Entwicklung fing mit etwas an, worüber sich in Deutschland kaum noch einer aufregt.

Mit Teilzeit-Jobs. Zehn Millionen Deutsche haben keine volle Stelle. Jeder Dritte von 79 000 Beschäftigten in Hamburgs Behörden und Ämtern ist teilzeitbeschäftigt. Teilzeitjobs – das klingt harmlos. Modern, familienfreundlich. Viele Eltern sind auf Teilzeitjobs angewiesen, ebenso pflegende Angehörige. Und doch bergen Teilzeitjobs ein hohes Armutsrisiko. Es gibt viele, die mehr arbeiten wollen – weil der Teilzeitjob zum Leben nicht reicht. Aber sie dürfen nicht.

Claudia Hoffmeister, 49, arbeitet 20 Stunden in der Woche in einem Hamburger Bezirksamt. Ihr Mann ist seit sieben Jahren arbeitslos, manchmal hat er einen Mini-Job. Claudia Hoffmeister muss die Familie mit drei jugendlichen Kindern fast allein durchbringen. 1324 Euro netto hat sie im Monat auf dem Konto plus 558 Euro Kindergeld. Ihr Mann verdient 150 Euro im Monat, davon darf er 130 Euro behalten. Knapp die Hälfte ihres Einkommens geht für die Miete der Dreieinhalbzimmerwohnung drauf, noch mal 250 Euro für Gas, Strom und Wasser. „Als ich 2005 zum ersten Mal einen Hartz-IV-Antrag gestellt habe, kam ich mir vor wie eine Schwerverbrecherin“, sagt sie. Derzeit bekommt die Familie im Schnitt 500 Euro Zuschuss. Die Hoffmeisters kennen einen Bauern im Alten Land, der



Reinigungskraft

Reinigungskräfte bekommen in Deutschland einen **Mindestlohn von 8,82 Euro** pro Stunde. Städtische Unternehmen wie das **Uniklinikum Eppendorf** haben ihre Putzleute in Tochterfirmen ausgelagert, um nicht mehr nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes zahlen zu müssen. Die Folge: eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Da sind die Kollegen, die noch nach dem Krankenhaustarif bezahlt werden, und die anderen, die den Gebäudereiniger-Tarif bekommen. Der Unterschied liegt bei bis zu 600 Euro brutto im Monat.

Elbe-Werkstätten mit. Bezahlt werden die Arbeitskräfte in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung nach dem Zeitarbeits-Tarif – erst danach erhalten sie den Tariflohn des öffentlichen Dienstes.

Es ist nicht so, dass der Senat das Thema Leiharbeit ignorieren würde. Seit April dieses Jahres gibt es eine „Richtlinie über die Beschäftigung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern bei der Freien und Hansestadt Hamburg“. Darin heißt es: Leiharbeit darf nur im begründeten Einzelfall eingesetzt werden, „wenn es sich um einen sehr kurzfristig aufgetretenen personellen Engpass handelt, der in seiner Tragweite so nicht vorhersehbar war“. Leiharbeiter sollen für ihre Arbeit das gleiche Entgelt erhalten wie die Beschäftigten der Stadt.

Das ist prinzipiell eine gute Sache. Nur: Die Richtlinie gilt bislang nur für Behörden und Ämter. Und nicht für die städtischen Betriebe und deren Billig-Töchter.

Fremdvergabe

Werden Aufträge an eine externe Firma vergeben, spart die Stadt nicht nur Geld – sondern auch Schereereien mit Betriebs- oder Personalräten. Gezahlt wird für eine Leistung – wie sie zustande kommt, ist nicht das Problem der Stadt Hamburg. Die Stadt ist nach dem „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ verpflichtet, das „wirtschaftlichste“ Angebot anzunehmen. Aber es gibt Ausnahmen, etwa wenn man schlechte Erfahrungen mit einer Firma gemacht hat. Oder bei kleineren Aufträgen – die dürfen einfach so, „freiändig“, vergeben werden.

noch selbst schlachtet. Er macht ihnen einen Freundschaftspreis. Für Gemüse und Obst fährt Hoffmeisters Mann nach Billstedt auf den Markt. Da ist es billiger. Trotzdem reicht das Geld nicht. Taschengeld zu zahlen fällt Claudia Hoffmeister schwer. Als ihr Sohn anfang, nach der Schule abends bei Penny zu jobben, um auch mal Geld für die Disco zu haben, durfte er von 300 Euro Monatslohn nur die Hälfte behalten. Den Rest zog das Sozialamt ein. „Was kann denn mein Sohn dafür? Das hat so weh getan“, sagt seine Mutter. Seit Jahren kämpft sie darum, mehr Stunden arbeiten zu können. Gerade erst wurde ihr Antrag wieder abgelehnt – endgültig. Sie brauche es die nächsten zehn Jahre nicht wieder zu versuchen, habe es geheißen. „Es ist doch paradox: Anstatt mich voll arbeiten zu lassen, zahlt der Staat lieber die Aufstockung“, sagt sie.

Anders als Claudia Hoffmeister arbeiten viele Teilzeitbeschäftigte in Deutschland voll; ihre Chefs brauchen sie, bezahlen auch für die zusätzlichen Arbeitsstunden – wollen sich aber nicht auf eine volle Stelle festlegen. Das Problem für die Beschäftigten: Ihr Chef kann die zusätzlichen Stunden jederzeit streichen. Ein Druckmittel. Im Alltag bedeutet das für die Betroffenen Probleme: Bei Banken etwa werden viele Teilzeitbeschäftigte abgewiesen, wenn sie einen Kredit wollen. Weil sie offiziell nur einen Teilzeitjob haben.

Das normale Arbeitsverhältnis erodiert aber auch durch Befristung. Die Wirtschaft hat erfolgreich mobil gemacht gegen das deutsche Arbeitsrecht, das Kündigungen bei unbefristet Angestellten erschwert. Deshalb waren die meisten Unternehmer glücklich, als die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) das „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ erließ. Arbeitgeber brauchen seitdem nicht einmal einen Grund dafür anzugeben, warum sie Jobs befristet.

Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag in Deutschland ist mittlerweile befristet. Befristungen gibt es auch im Kernbereich staatlicher Fürsorge: der Bildung. Sina Haberland unterrichtet seit drei Jahren an einer Hamburger Schule Sport. Die 38-Jährige bringt ihren Schülern Basketball bei, trainiert mit ihnen Weitsprung oder lässt sie beim Zirkeltraining schwitzen. Sie ist bei den Schulkonferenzen dabei und sitzt mit den Kollegen im Lehrerzimmer. Von deren Beamtenstatus kann sie nur träumen. Sina Haberland ist Vertretungslehrerin. Sie ist da, solange die Schule zu wenige Sportlehrer hat. Mit einem befristeten Vertrag, Laufzeit maximal sechs Monate. „Wenn ein passender Lehrer kommt, bin ich draußen“, sagt die alleinerziehende Mutter von zwei kleinen Kindern.

Eigentlich ist sie Literaturwissenschaftlerin. Weil sie keinen Job fand, hat sie sich im Sportbereich weitergebildet und ist so an der Schule gelandet. Angefangen hat Sina Haberland mit acht Unterrichtsstunden, gerade darf sie 13 Stunden unterrichten. Bezahlt wird sie nach dem „Tarifvertrag der Länder“, für ihre 43-Prozent-Stelle bekommt sie 1100 Euro brutto, das sind 860 Euro netto. Zum Vergleich: Ein verbeamteter Lehrer würde für die gleiche Arbeitszeit etwa 2000 Euro brutto bekommen.

Um über die Runden zu kommen, arbeitet Sina Haberland nachmittags als Honorarkraft in der Schule und gibt als Übungsleiterin im Sportverein Turnkurse für Kinder. An ihrem schulfreien Tag geht sie putzen. Sina Haberland sagt, dass sie es als Luxus betrachtet, dass sie keinen Hartz-IV-Antrag stellen muss. Zumindest bis zum 31. Januar. Dann endet ihr Vertrag.

An Hamburger Schulen gibt es rund 16 400 Lehrkräfte. Wie viele Pädagogen mit befristeten Verträgen oder auf Honorarbasis gibt es? Die Schulbehörde weiß es nicht. „Wir können nur anhand unseres Zahlungssystems feststellen, dass es in 2012 ca. 6000 Kreditoren an Schulen gibt, also Organisationen oder Personen, die ein Entgelt für Tätigkeiten erhalten.“ So lautet die schriftliche Auskunft des Behördensprechers. Was sind denn Kreditoren? Laut Behörde „reichen sie von kleineren, einfachen, handwerklichen Tätigkeiten bis hin zu umfangreicheren Aufgaben“.

Dass das Zwei-Klassen-System bei den Lehrern schwierig ist, sieht man immerhin auch in der Schulbehörde. „Es fördert nicht gerade die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wenn das Lehrpersonal so unterschiedlich bezahlt wird“, sagt der Sprecher. Man setze darauf, dass die Schulen die Vertretungskräfte fest einstellen, sobald sich die Möglichkeit bietet und die Qualifikationen stimmen.

Von festen Arbeitsplätzen können auch viele Beschäftigte an den Hochschulen der Stadt nur träumen. Es trifft

vor allem die wissenschaftlichen Mitarbeiter, also die Menschen, die den Studenten den Lehrstoff vermitteln oder in Projekten forschen: den wissenschaftlichen Mittelbau. An der Universität Hamburg sind 1811 wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt, davon haben 1547 einen befristeten Vertrag. Eigentlich sollen die Verträge in der Regel drei Jahre Laufzeit haben. Nach einer Evaluation des Hochschul-Informationssystemsystems hangeln sich 53 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Verträgen von weniger als einem Jahr durch.

Bezahlt werden sie nach dem Tarifvertrag der Länder, Entgeltgruppe 13. Das Anfangsbruttogehalt liegt bei 3186,61 Euro. Das hört sich gar nicht so schlecht an. Das Problem ist nur, dass fast die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter nur eine halbe Stelle oder sogar noch weniger haben. Das heißt: Als Akademiker mit Hochschulabschluss – nicht selten mit Dokortitel – haben sie am Monatsende im Schnitt 1121 Euro netto im Portemonnaie. Die Universität findet nichts Schlechtes daran – Befristungen gehören zum System: „Es gehört zu einer gelingenden Wissenschaftskarriere, an verschiedenen Universitätsorten tätig gewesen zu sein. Aus diesem Grunde kann eine langfristige Bindung von wissenschaftlichem Personal immer dann sinnvoll sein, wenn es der jeweiligen Sache nach geboten ist“, sagt eine Sprecherin der Universität.

In der Weiterbildung, der dritten Säule des Bildungsbereichs, beschäftigen die Träger immer mehr Honorarkräfte. Diese geben Kurse an Wirtschaftsakademien oder für Arbeitslose und arbeiten auf eigene Rechnung. Es gibt viele Träger in Hamburg, die um Aufträge konkurrieren. Die Auswirkung dieses Wettbewerbs: Die Löhne sinken. In guten Monaten kommen die Honorarkräfte auf 100 Arbeitsstunden – in schlechten schon mal auf 15. Feste Stundenlöhne gibt es nicht: Top-Verdiener haben 28 bis 50 Euro die Stunde. Schlecht-Verdiener erhalten 15 Euro Stundenlohn. In der Kritik steht auch die Hamburger Volkshochschule, die gerade mit 7000 Kursangeboten für die Herbstsaison wirbt. Die Honorare sind seit 1995 nicht erhöht worden. Wohlgemerkt: Die Beschäftigten haben Abitur und einen Universitätsabschluss.

Spät versucht die Politik jetzt etwas zu tun. Im April beschloss die Bürgerschaft mit der SPD-Mehrheit, dass der Senat ein Landesmindestlohngesetz für Hamburg prüfen soll. Der Mindestlohn soll 8,50 Euro betragen. Die Untergrenze soll nicht nur für die Beschäftigten der Stadt und der städtischen Unternehmen gelten, sondern über eine Neuregelung der Vergaberechtskontrolle auch die Voraussetzung für Aufträge von Fremdfirmen wie WeKo oder Wilko Wagner sein. Noch im Herbst soll das Paket im Senat, bis Jahresende erstmals in der Bürgerschaft behandelt werden. Verabschiedet werden könnte es dann im Frühjahr 2013. Wenn das der Fall wäre, würden bestehende Verträge davon jedoch nicht betroffen sein. Die neuen Regeln gelten nur für neue Verträge.

Es ist noch nicht sehr lange her, da konnten in diesem Land ein Postbote oder ein Busfahrer, wenn sie sparsam und fleißig waren, ein Haus bauen. Kein großes, kein luxuriöses, und nicht überall. Aber ein Haus. Heute dürfen sie sich zu den Gewinnern zählen, wenn sie nicht zum Sozialamt gehen müssen. Weil ihr Lohn knapp über der Grundversicherung liegt.

8,50 Euro pro Stunde. Das sind bei einer 40-Stunden-Woche 340 Euro pro Woche. Das sind 1462 Euro im Monat. Brutto. Wie wenig das ist, zeigen die Beispiele der betroffenen Protagonisten in dieser Geschichte. Nur die beiden Wachleute Klaus Fischer und Marcel Reimann verdienen weniger als 8,50 Euro. Selbst der Discounter Lidl zahlt seinen Mitarbeitern einen Mindestlohn von 10,50 Euro.

Die Diskussion um Armut im Alter hat in den vergangenen Wochen das Bewusstsein geschärft, wie wichtig auskömmliche Löhne für die Rente sind. Jeder Deutsche hat ein Anrecht auf eine Rente von 688 Euro, das ist der Grundversicherungsbedarf. 688 Euro bekommt jeder – ob er nun gearbeitet hat oder nicht. Johannes Steffen von der Arbeitnehmerkammer Bremen hat für das Abendblatt ausgerechnet, wie lange ein Arbeitnehmer mit 8,50 Euro Stundenlohn Beiträge einzahlen muss, um mit seiner Rente über die Grundversicherung zu kommen: 53 Jahre. Zum Vergleich: Männliche westdeutsche Rentner haben durchschnittlich 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt. Bei den aktuel-



Leiharbeiter

Im vergangenen Jahr beschäftigte die Innenbehörde neun Leiharbeiter im Callcenter. Die Behörde überwiegt pro Stunde 22,70 Euro an die Zeitarbeitsfirma. Und wie viel kam bei den Leiharbeitern an? Laut Tarifvertrag der Zeitarbeitsbranche verdiente im Frühjahr 2011 ein Ungelehrter 7,60 Euro pro Stunde, ein Eingearbeiteter 8,22 Euro pro Stunde. Das Unternehmen gab an, „ein bisschen mehr“ zu zahlen.

len Rentnerinnen waren es sogar nur 27 Jahre. Johannes Steffen hat ausgerechnet, welchen Lohn man bei einer 38-Stunden-Woche verdienen muss, um auf eine Nettorente von 688 Euro zu kommen: 10 Euro die Stunde bei 45 Beitragsjahren, 11,25 Euro bei 40 Beitragsjahren und 12,86 Euro bei 35 Beitragsjahren.

Was bleibt also am Ende dieser Geschichte? Die Erkenntnis, dass wohl alle hier aufgeführten Menschen, die für die Stadt arbeiten, als Rentner zu Sozialfällen werden. Es sei denn, sie würden im Lotto gewinnen.

Die Lobby für diese Menschen ist schwach. Was würden die Bürger sagen, wenn die Kita-Gebühren steigen? Oder die Müllgebühren? Was wäre, wenn die Krankenkassen-Beiträge angehoben würden?

Angenommen, es stimmt, dass 10 000 Menschen betroffen sind. Angenommen, diese Menschen bekämen 300 Euro mehr Gehalt im Monat. Einfach so: Es würde die Stadt Hamburg im Jahr 36 Millionen Euro kosten. Das heißt, eigentlich viel weniger. Denn der Staat würde einen großen Anteil der 150 Millionen Euro sparen, die er jährlich für Hamburger Aufstocker ausgibt.

Welche Träume, welche Wünsche haben die Bezirksamtsmitarbeiterin, die Hauswirtschafterin, der Wachmann? Claudia Hoffmeister möchte endlich einen Vollzeit-Job bekommen. Deshalb macht sie nebenher eine Weiterbildung. „Vielleicht hilft das.“ Auch Martina Ludwig, die Hausarbeiterin von der Kita-Vereinigung, will wieder das verdienen, was sie früher bekommen hat.

Wachmann Klaus Fischer würde sich über ein Weihnachtsgeld freuen, 100 bis 120 Euro wären schön, sagt er. Das wäre eine Anerkennung.

Für die Beschäftigten der Wert GmbH wäre es schon ein großer Schritt, wenn sie nur noch 20 Prozent weniger Lohn bekämen im Vergleich zu ihren Kollegen bei der Stadtreinigung.

Bescheidene Wünsche. Wenn man sie hört, schämt man sich.

„Gesellschaftlicher Zündstoff“

Die Arbeitsrechtlerin Reingard Zimmer erklärt, wie sich **prekäre Beschäftigung** auswirkt

Prekäre Beschäftigung breitet sich in Deutschland aus. Die Niedriglohngrenze liegt derzeit bei einem Bruttostundenlohn von 10,36 Euro. Laut Statistischem Bundesamt arbeitet jeder fünfte Deutsche bereits für einen Niedriglohn. Besonders hoch ist der Anteil der Niedriglöhner bei Taxifahrern, Frisuren, Reinigungskräften und im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Die Hamburger Arbeitsrechtlerin Reingard Zimmer beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema prekäre Beschäftigung. Mit dem Abendblatt sprach sie über Gewinner und Verlierer von Leiharbeit und die Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Hamburger Abendblatt: Wann spricht man von prekärer Beschäftigung?

Reingard Zimmer: Prekäre Beschäftigung liegt vor, wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht geeignet ist, auf Dauer den Lebensunterhalt des Beschäftigten einschließlich der sozialen existenzsichernden Absicherung zu gewährleisten. Es ist durch eine große Unsicherheit bei den Arbeitnehmern gekennzeichnet. Unsicherheit in Bezug auf den Lohn und auf die Absicherung im Alter. Unsicherheit aber auch hinsichtlich ausufernder Flexibilität: Viele Arbeitnehmer können ihr Arbeitsleben nicht mehr so wie früher planen. Sie nehmen zudem oftmals ihre Rechte als Arbeitnehmer nicht wahr, weil sie Angst haben, zum Beispiel als befristet Beschäftigte keinen neuen Vertrag zu bekommen. Je größer die Komponente der Unsicherheit ist, desto prekärer ist die Beschäftigung.

Hamburg setzt auch bei öffentlichen Aufgaben auf Leiharbeiter. Rechnet sich das Modell?

Zimmer: Untersuchungen zeigen, dass Leiharbeiter bis zu 40 Prozent weniger verdienen als die Stammkräfte, die eine gleiche Tätigkeit ausüben. 11,5 Prozent aller Leiharbeiter in Deutschland müssen aufstocken, in der Gesamtwirtschaft sind nur 2,6 Prozent betroffen. In Bezug auf Leiharbeit bedeutet das: Die Allgemeinheit muss den Profit dieses Geschäftsmodells durch Sozialleistungen finanzieren. Den Profit des Unternehmens, das so niedrige Löhne zahlt.

Firmen lagern bestimmte Tätigkeiten an Leiharbeitsfirmen aus. Es sind teilweise die gleichen Mitarbeiter, die die gleiche Tätigkeit zu einem niedrigen Lohn verdienen. Was kann die Politik tun?

Zimmer: Die Politik hat schon reagiert und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz im vergangenen Jahr überarbeitet. Wenn ein entlassener Arbeitnehmer innerhalb von sechs Monaten als Leiharbeiter an seine alte Arbeitsstätte zurückkehrt, muss er den gleichen Lohn bekommen wie beim Entleiher selbst Beschäftigte. Doch das Gesetz hat Lücken: Wird auf einen anderen Leiharbeiter zurückgegriffen, der vorher nicht in dem Unternehmen oder Konzern tätig war – gilt diese Regelung für ihn nicht. Und: Nach sieben Monaten kann auch der ehemalige Mitarbeiter als Leiharbeiter eingesetzt werden. Das Gesetz ist in vielerlei Hinsicht völlig unzulänglich.



Reingard Zimmer, 46, ist Vertretungsprofessorin für Arbeitsrecht an der Uni Hamburg

Firmen argumentieren, dass sie mit Leiharbeitern ihre Stammbesetzungen stabil halten. Sehen Sie das auch so?

Zimmer: Für Vertretungen oder Engpässe ist Leiharbeit eine flexible Form der Beschäftigung, die Sinn macht. Für die Breite, in der sie jetzt angewandt wird, ist es ein Modell, um auf Kosten der Allgemeinheit die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verschlechtern. So etwas braucht man nicht.

Was sagt die aktuelle Entwicklung über die Zukunft der Arbeit aus?

Zimmer: Das Normalarbeitsverhältnis ist nicht mehr überall die vorherrschende Beschäftigungsform. Es gibt eine Aufspaltung in einen Teil von Beschäftigten, die gut abgesichert sind, und einen immer größer werdenden Teil, für den das nicht mehr gilt. Das bedeutet eine Entrechtung, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft gehen verloren. Da steckt gesellschaftlicher Zündstoff drin.

Was kann die Stadt Hamburg tun?

Zimmer: Die Stadt kann dort etwas tun, wo sie selbst beschäftigt und selbst Leistungen einkauft. Dort lassen sich soziale Komponenten einbringen. Im Vergabegesetz können soziale Kriterien aufgeführt werden. Berlin zum Beispiel schreibt Auftragnehmern eine Förderung von Frauen und die Schaffung von Ausbildungsplätzen vor, Bremen fordert zusätzlich die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Rheinland-Pfalz fördert Auftragnehmer, die Langzeitarbeitslose einstellen. Hamburg hat solche Regelungen noch nicht. Es ist sinnvoll, einen vergabespezifischen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einzuführen – Bremen hat ihn bereits.